Adam Luidl war am 6. August 1681 in Dachau gestorben. Seine Witwe verkaufte das Haus noch im selben Jahr an den Schneider Mathias Metzger.
Georg Luidl, wahrscheinlich der Meringer Mesner und „Bildschnitzler" (um 1648 - 1702), fertigte 1680 für die Kirche in Sittenbach die Figuren der vier Evangelisten für den Hochaltar-Tabernakel. Sie sind heute nicht mehr vorhanden.
Lorenz Luidl (um 1645- 1719), der Bruder des Adam und Hauptmeister der Familie fertigte 1682 für die Kirche in Mittelstetten Visier und Überschlag (34 fl) für die Hochaltarplastiken St. Stefan, St. Sebastian und zwei Dachungsengel. Auch diese Arbeiten sind nicht mehr feststellbar. Auch eine später veränderte Figur der Anna Selbdritt in Privatbesitz zu Odelzhausen wird ihm zugeschrieben.

Anschrift des Verfassers:
Architekt Max Gruber, 8061 Bergkirchen 55.

Friedrich Graf von Hegnenberg-Dux (1810-1872)

Von Dr. Leonhard Lenk

Die bayerische Verfassung von 1818 — die erste moderne Verfassung eines größeren deutschen Staates im 19. Jahrhundert — hatte in bewußter Fortführung der alten „Landschaft" eine Ständeversammlung in zwei Kammern geschaffen. Die erste Kammer war die Kammer der Reichsräte, eine reine Adelskammer, vergleichbar dem heutigen Senat, doch nicht bloß beratend, sondern gleichberechtigt mit der zweiten Kammer, der Kammer der Abgeordneten, oder wie man damals sagte, der Deputierten. Auf die vielen Probleme, die eine Landtagsgeschichte aufwirft, kann hier nicht eingegangen werden; es gibt zwar zahlreiche Abhandlungen über einzelne Landtage, doch nur ein paar über führende Parlamentarier. Auch Friedrich Graf von Hegnenberg-Dux verdient eine eingehende, neue Untersuchung, spielte er doch eine bedeutende Rolle in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als sich die Entscheidungen vorbereiteten, die schließlich zur gewaltsamen Einigung Deutschlands durch Bismarck führten. Großdeutsch gesinnt und Führer der gemäßigt-liberalen Mittelpartei im Landtag, hatte er sich zwischen der gescheiterten Revolution von unten — der bürgerlichen Revolution von 1848 — und der geglückten Revolution von oben — Bismarcks Reichsgründung — bemüht, Bayerns Selbständigkeit zu wahren und eine engere Vereinigung aller deutschen Staaten einschließlich Österreichs zu fördern. Doch kehren wir zu den Anfängen der Kammer der Abgeordneten zurück. Die Verfassung sollte mit der Einrichtung der Ständeversammlung dazu beitragen, das neue Königreich Bayern mit seinen schwäbischen und fränkischen Gebieten und Einwohnern zu einem gemeinsamen bayerischen Staatsbewußtsein, zu einem Gefühl der Zusammengehörigkeit zu führen. Das ist ausgezeichnet gelungen. Nicht zuletzt wohl deswegen, weil 30 Jahre lang, von 1818 bis 1848, die Kammer der Abgeordneten noch nach Ständen oder Klassen zusammengesetzt gewesen ist. Nach einem eigenen Wahlverfahren wählten die einzelnen Stände ihre Abgeordneten, zuerst die adeligen Grundbesitzer mit gutsherrlicher Gerichtsbarkeit, dann die katholischen und evangelischen Pfarrgeistlichen, ferner die Städte und Märkte und schließlich die Landeigentümer (sie stellten die Hälfte aller Abgeordneten); die Universitäten entsandten ebenfalls je einen Abgeordneten, doch wurden diese bei der Berechnung der Abgeordnetenzahl nach der Bevölkerungsgröße nicht mitgezählt. Wahlbezirke in unserem Sinn kannte man nicht, sondern die Wahlberechtigten jeder Klasse wählten im Rahmen des Regierungsbezirks. Auf diese Weise kam 1845 Friedrich Graf von Hegnenberg als einer der drei Abgeordneten der adeligen Gutsbesitzer von Oberbayern in die

Friedrich Graf von Hegnenberg-Dux.

Foto: Dr. Leonhard Lenk

Ständeversammlung. Er wurde gewählt als Inhaber der Hofmark Hegnenberg, die dem Stammvater des Geschlechts, einem Sohn Herzog Wilhelms IV., im Jahre 1542 zur Verlobung verliehen worden war. Friedrich Graf Hegnenberg war aber nicht das erste Mitglied der Familie in der Ständeversammlung; sein Vater Maximilian war 1825 in die Kammer der Abgeordneten gewählt worden, gehörte ihr aber nur eine Wahlperiode, das hieß 6 Jahre, an. Er hatte vergebens versucht, wegen seiner angegriffenen Gesundheit Dispens zu erhalten; erst bei den neuen Wahlen gelang es ihm, unberücksichtigt zu bleiben. Im Januar 1835 ist er gestorben.

Sein einziger Sohn Friedrich, am 2. September 1810 geboren, hatte an der Universität Würzburg das Studium der Medizin und der Rechtswissenschaft abgeschlossen und stand vor seiner Staatsprüfung. Der Tod des Vaters zwang ihn, das väterliche Gut zu übernehmen und sich der Landwirtschaft zu widmen. In seinen Ansichten war er, wie damals viele junge Adelige, liberal gesinnt — oder, wie man zur Unterscheidung von den späteren radikalen Liberalen sagt, altliberal. Das war ein Grund, warum ihn seine oberbayerischen Standesgenossen gewählt hatten. Die Regierung beurteilte ihn durchaus günstig, wenn auch mit einigen Vorbehalten. Für seine Gesinnung bürgte auch die Familienverbindung mit dem Erzbischof von München-Freising, mit dessen Nichte er verheiratet war. „Wenn auch nicht bei allen Gelegenheiten der Regierung beistimmend, wird er doch nicht starre Opposition machen, — was ihm seine unabhängigen Vermögens-Verhältnisse wohl gestatten würden."

Seine kritische, aber wohlwollende Haltung gegenüber der Staatsregierung bewies er unverzüglich auf dem Landtag von 1845/46. Er befaßte sich insbesondere mit Finanzfragen, auch mit Problemen der Donaudampfschiffahrt und der Eisenbahn. Daß ihn König Ludwig I. schätzte, bewies seine Ernennung zum Vizepräsidenten der Abgeordnetenkammer auf dem Landtag von 1847. Der König und die Kammer achteten seine sachliche und gediegene Art wie seinen praktischen Sinn. Daß Hegnenberg so rasch in der Kammer Ansehen gewann, hatte aber einen anderen Grund. Damals mußten Staatsbedienstete — auch Pensionisten, Advokaten und Bürgermeister — die Erlaubnis des Königs zum Eintritt in die Kammer einholen. Und Ludwig I. war nicht zimperlich, wenn es darum ging, ihm und der Regierung mißliebige Abgeordnete durch die Verweigerung des Urlaubs aus dem Landtag auszuschließen. Der Pfälzer Advokat Willich hatte das mehrmals erfahren müssen, auch wieder 1845, und er hatte sich an die Kammer gewandt und sich beschwert. Das führte zu langen, heftigen Debatten. Der Präsident der Abgeordnetenkammer, Freiherr von Rotenhan, erteilte überraschend seinem Freund Hegnenberg das Wort — der gar nicht darum gebeten hatte. Hegnenberg begründete daraufhin kurz und knapp seinen Standpunkt für Willich, und damit hatte er seinen Ruf als aufrechter liberaler Abgeordneter begründet. Das wiederum führte ihn nach der Märzrevolution von 1848 als Mitglied der Nationalversammlung nach Frankfurt am Main, doch ist er dort kaum hervorgetreten.

Nachdem Ludwig I. abgedankt hatte, da er kein Unterschreiber sein wollte, und sein Sohn als Max II. den Thron bestiegen hatte, wurden der letzten Ständeversammlung eine Reihe von liberalen Reformen vorgelegt, unter anderem auch ein neues Wahlgesetz. Dieses änderte nun das Wahlverfahren gründlich. Nicht mehr nach Ständen wurde von nun ab gewählt, sondern es wurden Wahlbezirke gebildet und jeder Staatsbürger konnte — unter mäßigen Einschränkungen — wählen und gewählt werden. Freilich galt immer noch (bis 1906) die indirekte Wahl, das heißt, zuerst wählten die Wahlberechtigten Wahlmänner, und erst diese wählten dann die Abgeordneten für den Landtag, wie man nun auch offiziell anstatt Ständeversammlung sagte. Eine Quelle ständigen Streites aber wurde die Bestimmung, daß die Regierung die Wahlkreise selbständig einteilte — und praktisch bis 1881 zu jeder Wahl neu eingeteilt hat. So wurde Hegnenberg 1849 im Wahlbezirk Au gewählt, 1855 im Wahlbezirk Haidhausen, und erst 1859 wurde der Wahlbezirk Bruck geschaffen, der bis 1881 bestand. Hegnenberg, 1845 als Vertreter der adeligen Gutsbesitzer von seinen über 130 Standesgenossen in Oberbayern gewählt, kam seit 1849 jedesmal in den Landtag — vom 14. Landtag 1849 bis zum 21. Landtag 1865, von der 6. Wahlperiode bis zur 11. Wahlperiode. Denn damals galt die Wahl für sechs Jahre, und der Landtag sollte mindestens alle drei Jahre zusammenkommen. Auf dem Landtag von 1849 wurde Hegnenbergs Freund Gustav Freiherr von Lerchenfeld aus Oberfranken (bereits vor 1848 als Vertreter der oberfränkischen adeligen Gutsbesitzer in der Ständeversammlung) zum Präsidenten der Abgeordnetenkammer gewählt, Hegnenberg zum Vizepräsidenten. Anfang Juni trat Lerchenfeld als Präsident zurück und übernahm die Führung der gemäßigt Liberalen, der sogenannten Mittelpartei im Landtag. Hegnenberg wurde an seiner Stelle Präsident der Kammer und ist es bis zum Schluß des Landtags von 1865 geblieben. Nach zwanzigjähriger Abgeordnetentätigkeit hat er Ende November 1865 sein Mandat niedergelegt.

Diese zwanzig Jahre hatten Hegnenberg immer an der Spitze der gemäßigten Opposition in der Kammer gesehen, obgleich er sich als Präsident von den Parteileidenschaften fernhielt. Sicher und energisch, mit entschiedener Ruhe und umsichtig waltete er seines Präsidentenamtes. Sein Einfluß in der Kammer war beherrschend, und er gab der Regierung, die durch das persönliche Eingreifen König Max II. ganz in reaktionäres Fahrwasser geraten war, kein Jota der Landtagsrechte preis. Während Max II. den Landtag in eine Ständeversammlung zurückverwandeln wollte, war Hegnenberg, und mit ihm Lerchenfeld, Rotenhan und die Mittelpartei bemüht, die Gesetzgebung konstitutionell fortzuentwickeln. Es gelang der Mittelpartei — übrigens keine Partei im modernen Sinn, denn es gab keine Parteiorganisation, keine feste Abgrenzung der Mitglieder, sondern man gruppierte sich im Landtag, insbesondere bei den Abstimmungen und im Widerstand gegen die Regierung — das Ministerium von der Pfordten-Reigersberg so sehr zu bedrängen, daß König Max II. sich genötigt sah, das

Ministerium umzubilden. Allerdings hatten den König die harten Parlamentskämpfe tief getroffen und so ließ er in den Landtagsabschied von 1859 einen Satz einfügen, der ungewöhnlich war: „Mit Schmerz erfüllt Uns der Rückblick auf den Gang und die Art der in der Kammer der Abgeordneten gepflogenen Verhandlungen, in welchen so sehr alles Maß überschritten worden ist."
Dieser Landtag bezeichnet einen Einschnitt in der bayerischen wie in der deutschen Geschichte. Von nun an setzten sich immer mehr die radikalen Liberalen, die sich bald als Fortschrittspartei organisierten und eine Lösung der deutschen Frage unter Preußens Führung mit Ausschluß Österreichs vertraten, durch. Hegnenberg, ein Mann der Mitte und des Vermittelns, kam immer mehr zur Einsicht, daß seine Wirkungsmöglichkeiten dahinschmolzen, wie auch die Mittelpartei allmählich dahinschwand, zerrieben zwischen dem liberalen Fortschritt und den Konservativen. Als das Scheitern der Mittelpartei immer klarer sichtbar wurde, als die Gemäßigten erkennen mußten, daß sie immer weniger Einfluß nehmen konnten, trat Hegnenberg 1865 zurück. Seine Familienverhältnisse — seine Gemahlin, Freiin von Gebsattel, war leidend, bei seiner eigenen schwachen Konstitution hatte sich in seiner Parlamentstätigkeit das angeborene Herzleiden nur verschlimmert — trugen zu diesem Entschluß wesentlich bei.
So zog sich Hegnenberg auf sein Gut Hofhegnenberg zurück und widmete sich der Landwirtschaft. Doch konnte er auch dort der Politik nicht entgehen. Der neue Vorsitzende im bayerischen Ministerrat, Fürst Hohenlohe, bot ihm nach der Entscheidung von 1866 den Eintritt in den diplomatischen Dienst an. Hegnenberg sollte als bayerischer Gesandter nach Berlin gehen — dem zu dieser Zeit wichtigsten Außenposten bayerischer Politik. Doch Hegnenberg lehnte ab, wie er auch ablehnte, zum Reichsrat der Krone Bayerns ernannt zu werden. Es waren nicht bloß gesundheitliche Gründe, die jetzt den Ausschlag gaben — noch mehr war es seine Enttäuschung über den Verlauf der politischen Dinge. Er war ja sein Leben lang großdeutsch gesinnt gewesen. Er wollte Bayerns Selbständigkeit erhalten wissen, er wollte aber auch Österreich in enger Verbindung mit Deutschland sehen. Das alles war 1866 gescheitert, als Bismarcks Kriegscoup geglückt war. Da er einsah, daß nun wenig mehr zu ändern war, reizte es ihn nicht, erneut politisch tätig zu werden. Die Aufrichtung des deutschen Kaiserreichs allerdings nahm er hin; er erkannte klar, daß alle Hoffnungen und Wünsche auf die Einbeziehung Österreichs nun für lange begraben waren. Eines aber wünschte er jetzt, nachdem Bayern dem deutschen Reich beigetreten war: den föderativen Ausbau der Reichsverfassung. Das empfahl ihn dem neuen König. Ludwig II. rief ihn im August 1871 an die Spitze des Ministeriums, zum Minister des Königlichen Hauses und des Äußern und zum Vorsitzenden im Ministerrat. Hegnenberg sollte die aufgebrochenen Leidenschaften dämpfen, er sollte die starren Parteifronten — hie Patrioten, hie Nationalliberale — auflockern und sollte die widerstreitenden Partner versöhnen, damit Bayern sein Gewicht innerhalb des Deutschen Reiches voll in die Waagschale werfen konnte. Hegnenberg sah seine Aufgabe klar genug; er betrachtete sich als einen politischen Landwehrmann, der „obwohl vom Dienst befreit nach seinen Jahren, doch dem Ruf des Vaterlandes, nachdem derselbe so dringend ergangen, sich nicht entziehen dürfe."
Nüchtern, wie er bei der Beurteilung politischer Verhältnisse war, gab er dem Altkatholizismus, der infolge des ersten vatikanischen Konzils entstanden war, keine Entwicklungschance. Seine Haltung stellte ihn aber zwischen Patrioten und Liberale. In den leidenschaftlichen Kämpfen — die mit Haß und einer Erbitterung geführt wurden, die wir uns heute nicht mehr vorstellen können — litt seine Gesundheit weiter. Resigniert schrieb er i. J. 1872: „Wenn man das Land rettungslos dem Einheitsstaate in den Rachen jagen will, so kann ich es leider nicht hindern, und ich segne den Tag, der mich wieder aus einer ebenso schwierigen als verantwortungsvollen Stellung erlöst."
Am Abend des 2. Juni 1872 erlöste ihn der Tod; vier Tage später wurde er in der Familiengruft zu Steindorf beigesetzt, still und prunklos, wie er es gewollt hatte.

Anmerkung:

Der Verfasser beschäftigt sich mit einer Geschichte des bayerischen Landtags. Er ist für jede Mitteilung über Abgeordnete, Wahlen, Programme, Handbücher, Zeitungsbeiträge, dankbar. Die offiziellen Quellen — gedruckte Berichte des Landtags wie Ministerialakten — vermitteln nur ein unbefriedigendes Bild der einzelnen Persönlichkeiten, ihres Handelns und der Bestrebungen, die gerade zwischen 1845 und 1870 zur Parteienbildung führten. Hier können nur persönliche Aufzeichnungen, Briefe, Nachlässe etc. gründlichen Aufschluß geben. Der Autor erbittet deshalb Mitteilungen an seine Adresse oder an das Institut für bayerische Landesgeschichte an der Universität München, Arcisstraße 12.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Leonhard Lenk, 8 München-Feldmoching, Langenpreisinger Straße 48.

Aus den Erinnerungen eines alten Bruckers

Am 20. Juli 1914 kam König Ludwig III. zum Besuch der „Ersten Fürstenfeldbrucker Kunstausstellung".
Vor dem Rathaus war die Unteroffiziersschule in ihrer blauen Paradeuniform angetreten und hatten die Vereine Aufstellung genommen. Die Freiwillige Feuerwehr stand unter der Führung des damaligen Bezirksfeuerwehrvertreters Linbrunner, heute würde man sagen „Kreisbrandinspektor", seines Zeichens Goldschmiedemeister, Vorgänger von Herrn Wachter.
Nach der Besichtigung der Ausstellung schritt der König die Front der Unteroffiziersschule ab und ließ sich mit den Vorständen der angetretenen Vereine leutselig in ein kurzes Gespräch ein.
Herrn Linbrunner fragte er, wann es in Fürstenfeldbruck das letzte mal gebrannt habe, und dieser antwortete: „Majestät, in Bruck hamma den letzten Brand am Kirchweihmontag g'habt."
Und so war es auch gewesen. Dr. J. S.